



**Ausgewählte Ergebnisse
der Politikpanel Deutschland Umfrage Februar 2025**

Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl am 23.02.2025

04.03.2025

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Dr. Sebastian Jäckle

unter Mitarbeit von
Kira Kurz M.A., Judith Reinbold M.Sc.,
Ronald Schleeauf M.A. und Marius Fröhle M.A.

Kontakt:

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Werthmannstraße 12
79085 Freiburg
E-Mail: politikpanel@politik.uni-freiburg.de
Telefon: 0761/203-9361



Inhaltsverzeichnis

A: Umfragedauer	2
B: Alter & Geschlecht	3
C: Alter & Bundesland	4
D: Wahllokal, Briefwahl oder Nichtwahl	4
1. Wahlergebnis und Wahlentscheidung	5
2. Koalitionspräferenzen	8
3. Positionen zu aktuellen politischen Themen	9
4. Verhältnis zu den USA	16
5. Einstellung zur AfD	19

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausend Personen befragt.

Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 24. Februar bis 02. März 2025 durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 9610 Personen teilgenommen, wobei 8889 den Fragebogen beendeten.

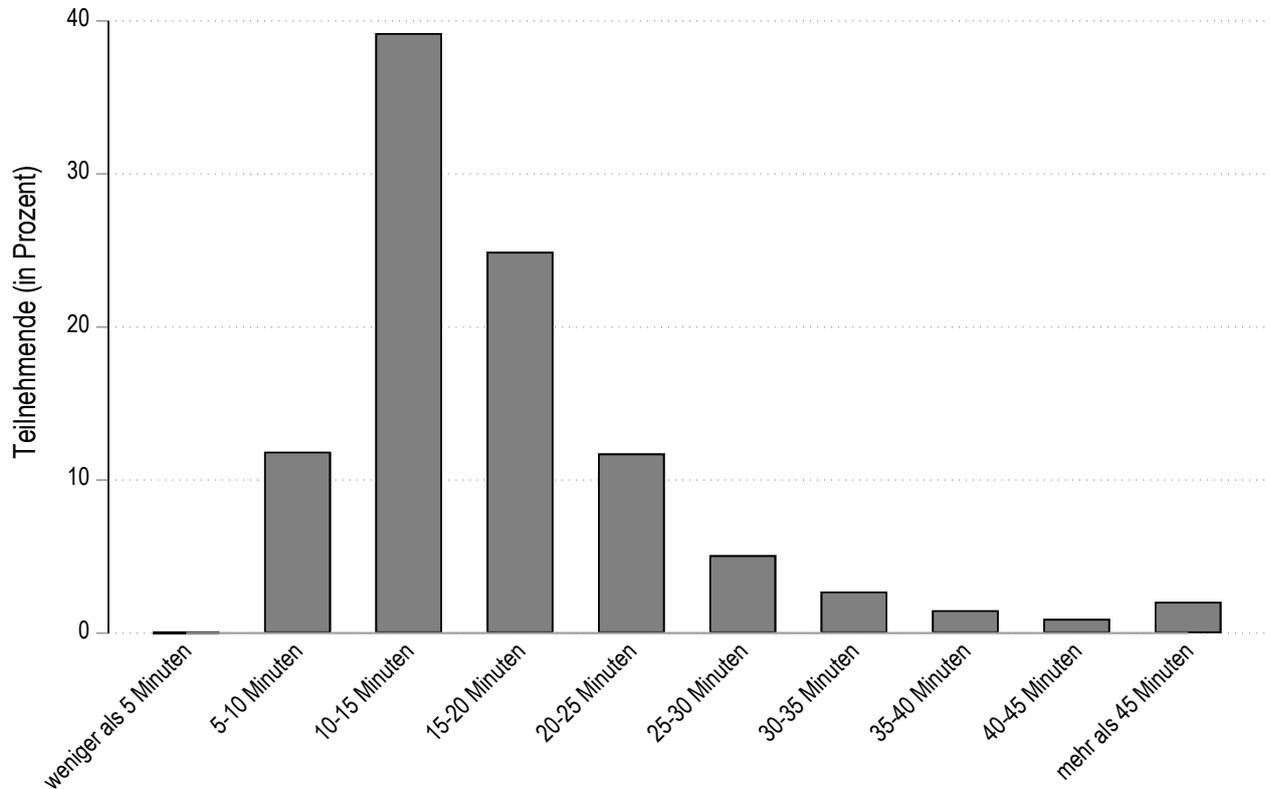
Die Teile A-D geben einen Überblick über den ungewichteten Datensatz.

Für alle weiteren Analysen (1-5) werden die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein Proportional Iterative Fitting Verfahren (Raking) anhand der Randhäufigkeiten von Altersgruppe (18-30, 31-45, 46-60, 60+), Geschlecht (m/w), Bundesland und Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl¹ an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst. Durch diese Gewichtung ist es möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe, verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung sowie die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit keine Antwort zu geben, erklären auch die Differenzen in der Gesamtfallzahl in den folgenden Auswertungen.

¹ Laut vorläufigen Ergebnis vom 27.02.2025: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025.html>

A: Umfragedauer

Ungewichtet in Prozent aller Teilnehmenden, welche die Umfrage ohne Unterbrechung beendet haben (N = 8599)



Die durchschnittliche Umfragedauer lag bei etwa 17:07 Minuten, mit einer Standardabweichung von etwa 8:47 Minuten. 290 Personen haben nach einer längeren Unterbrechung die Umfrage beendet. Für diese ist keine Umfragedauer ausgewiesen. 721 Personen haben die Umfrage begonnen, aber nicht beendet. Diese haben im Durchschnitt 5:17 Minuten auf der Online-Seite der Umfrage verbracht.

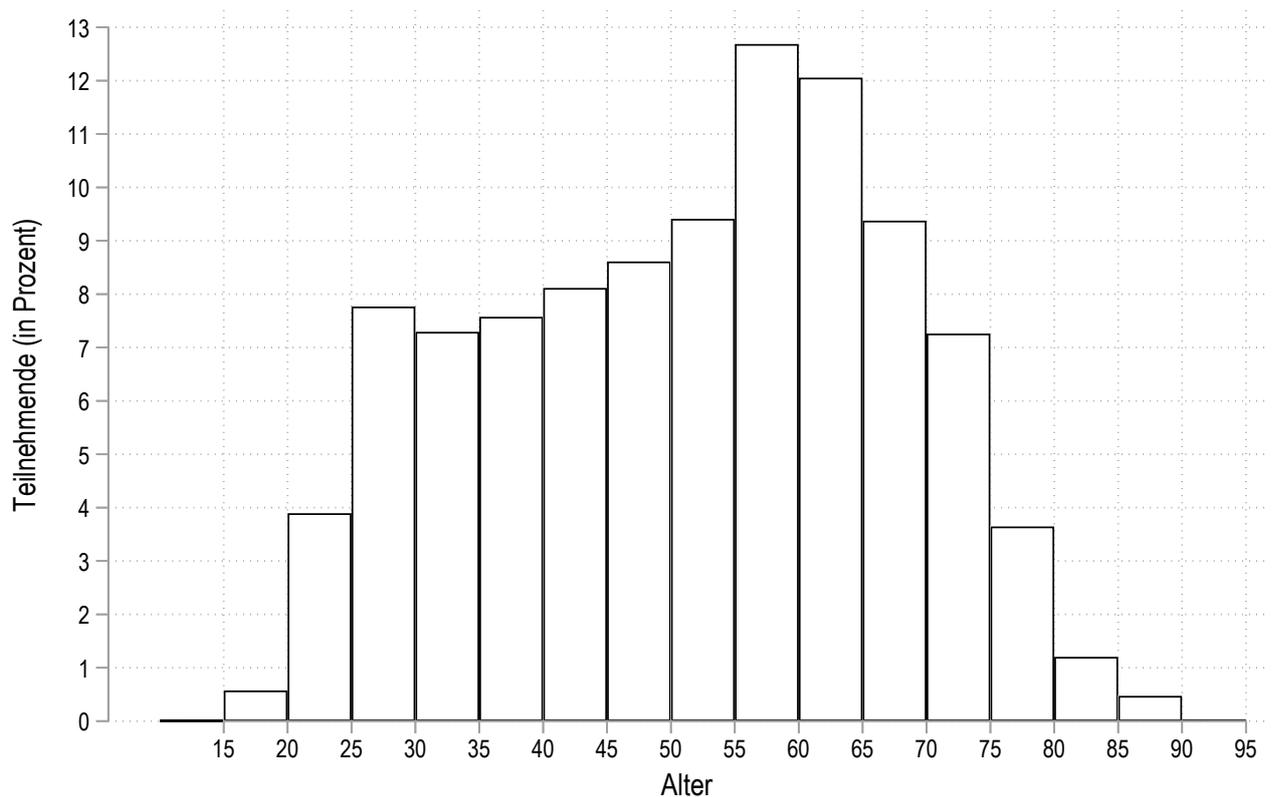
B: Alter & Geschlecht

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben (obere Zeile) + Spaltenprozentage (untere Zeile).

Geschlecht	Altersgruppe					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
männlich	764 62,73	1233 60,09	1666 59,71	1876 66,67	6 40,00	5545 62,38
weiblich	415 34,07	782 38,11	1092 39,14	933 33,16	7 46,67	3229 36,33
nicht binär	30 2,46	25 1,22	10 0,36	0 0,00	0 0,00	65 0,73
k.A.	9 0,74	12 0,58	22 0,79	5 0,18	2 13,33	50 0,56
Summe	1218 100,00	2052 100,00	2790 100,00	2814 100,00	15 100,00	8889 100,00

Männer sind in der Umfrage überrepräsentiert. Dies ist ein bekanntes Phänomen bei sich selbst rekrutierenden Online-Umfragen. In Bezug auf die Altersverteilung hingegen ist diese Umfrage des Politikpanel Deutschland relativ gut repräsentativ. Es sind sowohl junge als auch ältere Personen vertreten.

Altersverteilung aller Teilnehmenden, die die Umfrage beendet haben



C: Alter & Bundesland

Bundesland	Altersgruppe					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A..	
Baden-Württemberg	299 24,55	373 18,18	529 18,96	723 25,69	2 13,33	1926 21,67
Bayern	177 14,53	320 15,59	389 13,94	297 10,55	4 26,67	1187 13,35
Berlin	53 4,35	106 5,17	127 4,55	93 3,30	0 0,00	379 4,26
Brandenburg	23 1,89	37 1,80	70 2,51	53 1,88	0 0,00	183 2,06
Bremen	14 1,15	54 2,63	102 3,66	197 7,00	0 0,00	367 4,13
Hamburg	34 2,79	43 2,10	61 2,19	42 1,49	1 6,67	181 2,04
Hessen	81 6,65	155 7,55	186 6,67	151 5,37	0 0,00	573 6,45
Mecklenburg-Vorpommern	12 0,99	37 1,80	41 1,47	40 1,42	0 0,00	130 1,46
Niedersachsen	100 8,21	141 6,87	255 9,14	230 8,17	3 20,00	729 8,20
Nordrhein-Westfalen	218 17,90	379 18,47	549 19,68	529 18,80	2 13,33	1677 18,87
Rheinland-Pfalz	31 2,55	70 3,41	122 4,37	137 4,87	1 6,67	361 4,06
Saarland	11 0,90	31 1,51	30 1,08	28 1,00	0 0,00	100 1,12
Sachsen	56 4,60	109 5,31	99 3,55	67 2,38	1 6,67	332 3,73
Sachsen-Anhalt	26 2,13	40 1,95	44 1,58	34 1,21	1 6,67	145 1,63
Schleswig-Holstein	35 2,87	63 3,07	98 3,51	94 3,34	0 0,00	290 3,26
Thüringen	29 2,38	67 3,27	59 2,11	62 2,20	0 0,00	217 2,44
k.A.	19 1,56	27 1,32	29 1,04	37 1,31	0 0,00	112 1,26
Summe	1218 100,00	2052 100,00	2790 100,00	2814 100,00	15 100,00	8889 100,00

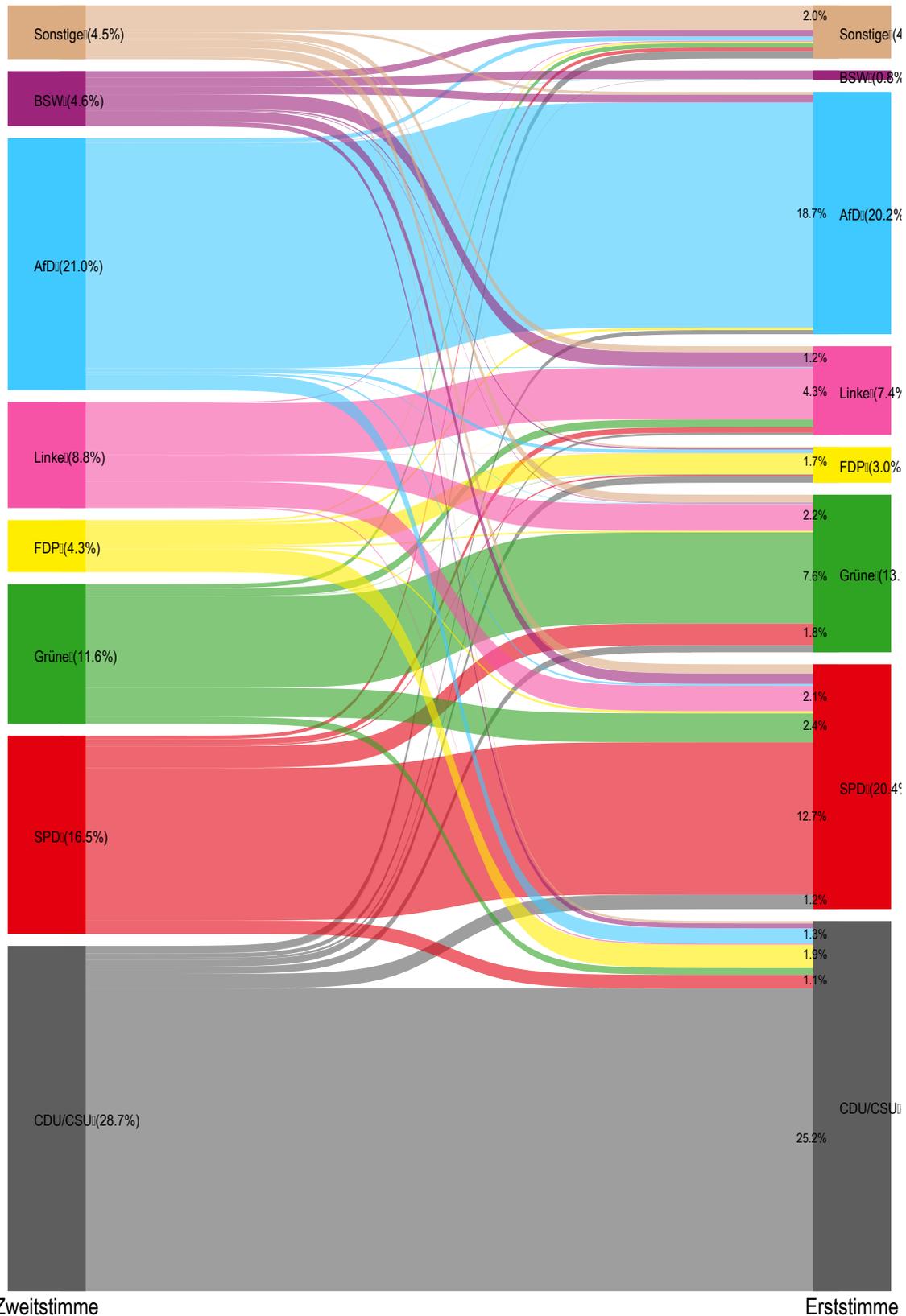
Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben (obere Zeile) + Spaltenprozentage (untere Zeile).

D: Wahllokal, Briefwahl oder Nichtwahl

Wahlart	Altersgruppe					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
Wahllokal	689 56,57	1212 59,06	1712 61,36	1559 55,40	3 20,00	5175 58,22
Briefwahl	513 42,12	818 39,86	1037 37,17	1196 42,50	3 20,00	3567 40,13
Ich habe nicht gewählt.	16 1,31	22 1,07	40 1,43	57 2,03	9 60,00	144 1,62
k.A.	0 0,00	0 0,00	1 0,04	2 0,07	0 0,00	3 0,03
Total	1218 100,00	2052 100,00	2790 100,00	2814 100,00	15 100,00	8889 100,00

1. Wahlergebnis und Wahlentscheidung

Abbildung 1.1: Strategisches Wählen: Zweitstimmen und Erststimmen



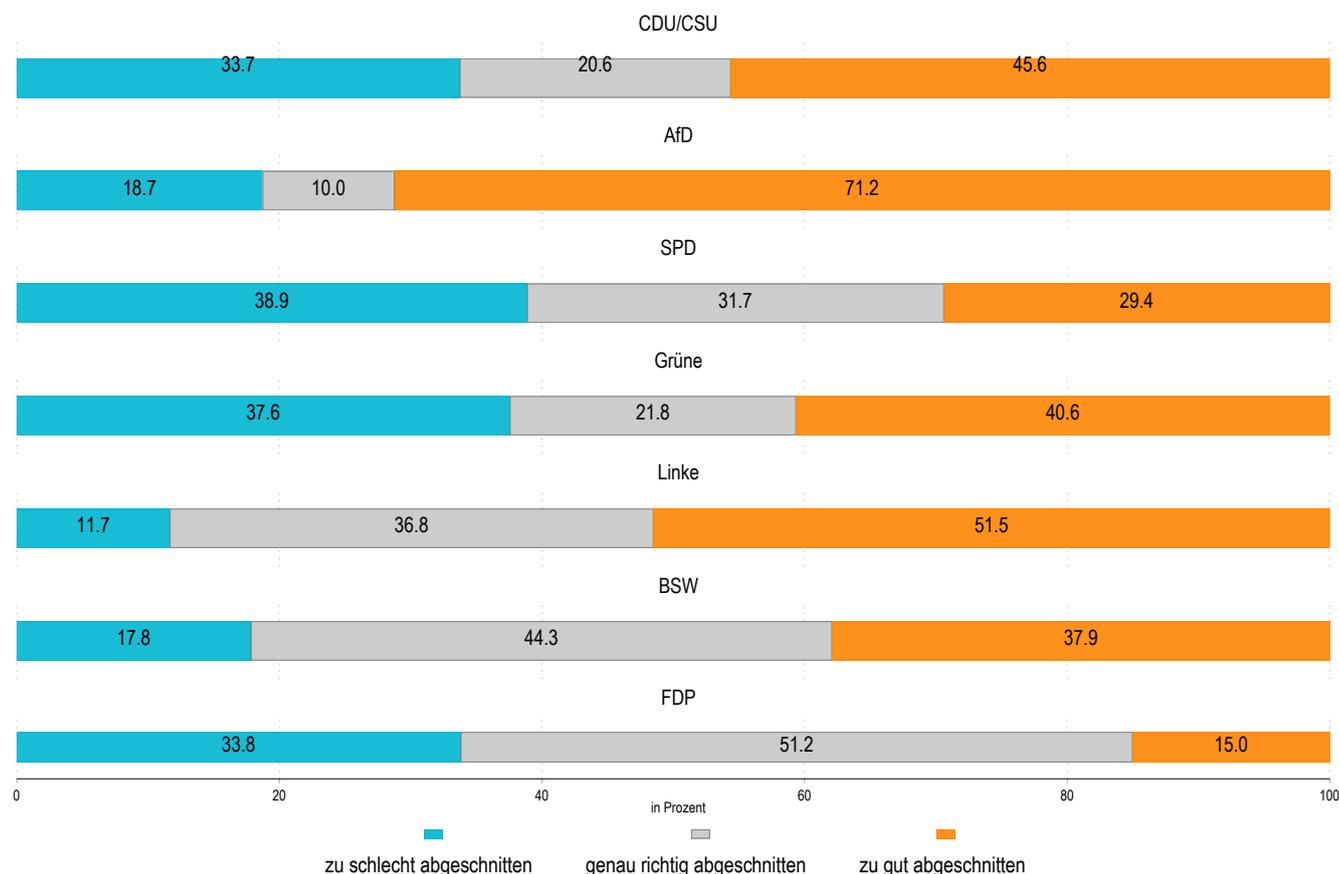
Das Flussdiagramm zeigt, dass der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die mit Erst- und Zweitstimme verschiedene Parteien wählen, deutlich variiert, je nachdem welche Partei man bei der Zweitstimme – die ja die Zusammensetzung des Bundestages bestimmt – favorisiert. Während die Unionsparteien, die SPD und die Grünen im

Verhältnis zu ihrem Zweitstimmenanteil tendenziell mehr Erststimmen erhalten, zeigt sich bei kleineren Parteien das entgegengesetzte Muster. Dies liegt unter anderem daran, dass Direktkandidatinnen und -kandidaten dieser Parteien häufig geringere Chancen haben, ein Direktmandat zu gewinnen, sofern sie überhaupt in einem Wahlkreis antreten. Viele Wählerinnen und Wähler entscheiden sich daher offenbar, ihre Erststimme strategisch für eine andere Partei zu vergeben. So „wandern“ z.B. 2,2 Prozentpunkte der Linken-Zweitstimmen zu einem/einer Grünen Kandidat/in, wohingegen die Grünen 2,4 Prozentpunkte ihrer Zweitstimmen an SPD Kandidat/innen abgeben von der SPD jedoch nur 1,8 Prozentpunkte zurückbekommen.

Von rechts nach links gelesen lässt sich das Flussdiagramm aber auch als Indikator für sogenannte „Leihstimmen“ bei der Zweitstimme interpretieren. Von den 4,3 Prozent, die die FDP bei den Zweitstimmen erreicht hat, kamen 1,9 Prozent von Personen, die mit der Erststimme CDU/CSU gewählt haben. Die klare Aussage von Friedrich Merz, dass die Union keine Stimmen zu verschenken habe und Leihstimmen an die FDP am Ende womöglich verlorene Stimmen wären², hat hier offensichtlich zu einem vergleichsweise geringen Leihstimmenanteil geführt.

Bemerkenswert ist zudem die im Vergleich zu allen anderen Parteien sehr geringen Flusstärken bei der AfD. Abgesehen von den 1,3 Prozentpunkten zwischen AfD Zweitstimme und CDU/CSU Erststimme, hat die AfD an keine andere Partei mehr als einen Prozentpunkt zu deren Erststimmen dazugegeben.

Abbildung 1.2: Zufriedenheit mit Wahlausgang

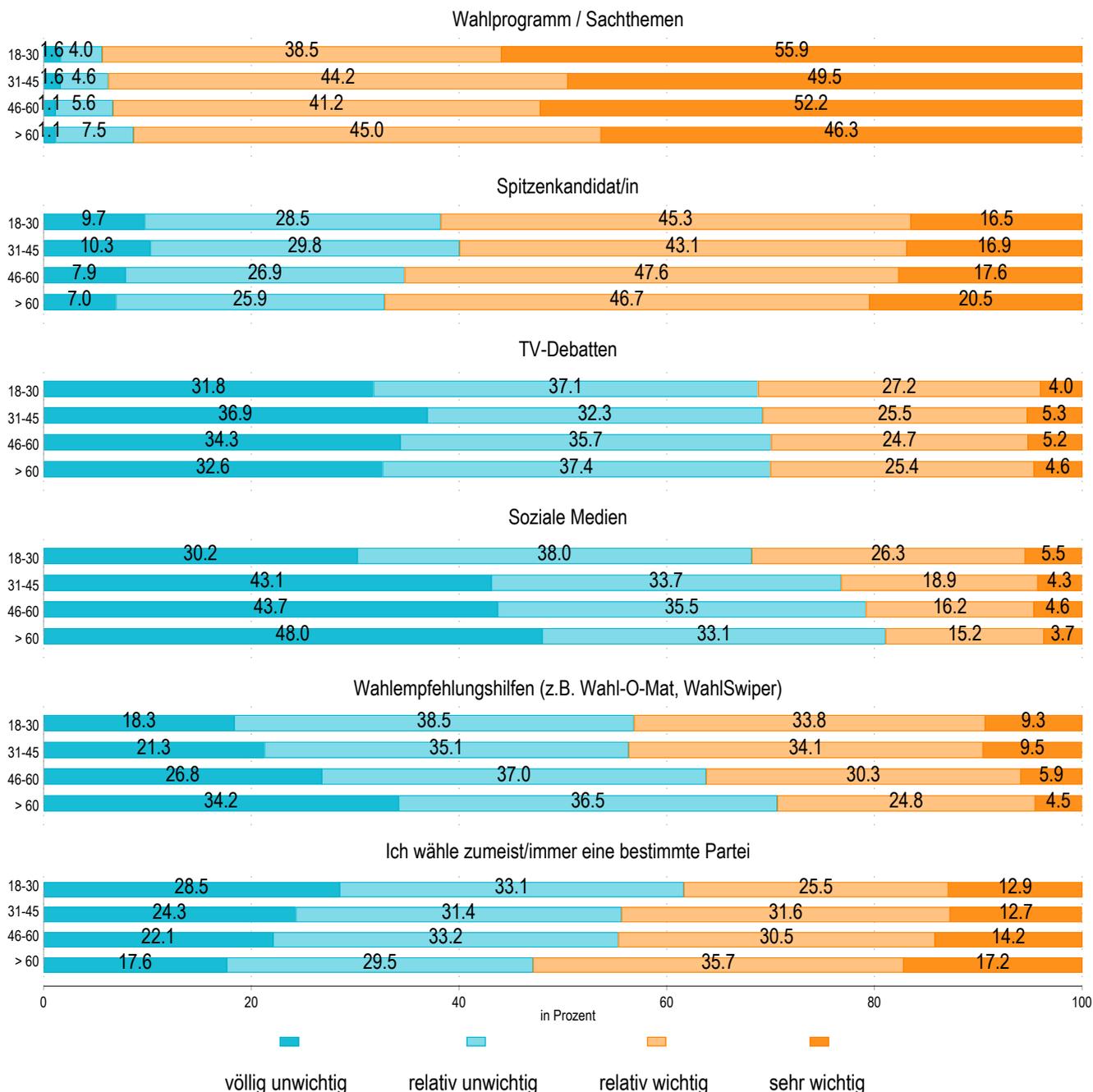


Die Zufriedenheit mit dem Wahlausgang ist insgesamt betrachtet mittelmäßig ausgeprägt. Eine differenzierte Betrachtung nach dem Abschneiden der einzelnen Parteien offenbart jedoch deutliche Unterschiede. Besonders stark polarisierend wird das Wahlergebnis der AfD bewertet: Während lediglich 10 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die Partei genau richtig abgeschnitten hat, halten über 70 Prozent das Ergebnis für zu gut.

² <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/merz-fdp-100.html>; <https://www.deutschlandfunk.de/merz-lehnt-zweitstimme-hilfe-fuer-fdp-ab-soeder-gegen-lindner-als-finanzminister-einer-neuen-bundesr-100.html>

Im Gegensatz dazu sehen die meisten Befragten bei der SPD und den Grünen (jeweils knapp 40 Prozent) deren Wahlergebnis als zu schlecht an. Das Abschneiden der FDP, die mit 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag verfehlte, wird hingegen von mehr als der Hälfte der Befragten als angemessen bewertet.

Abbildung 1.3: Wichtigkeit für eigene Wahlentscheidung



Die meisten Befragten geben an, dass das Wahlprogramm und die damit verbundenen Sachthemen für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten waren, gefolgt von den Persönlichkeiten der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten. In diesen beiden Kategorien zeigen sich keine großen Unterschiede zwischen den Altersgruppen.

Deutlich ausgeprägter sind die altersbedingten Unterschiede hingegen bei der Nutzung sozialer Medien und Wahlempfehlungshilfen wie dem Wahl-O-Mat oder dem WahlSwiper. Diese werden insbesondere von der jüngsten Altersgruppe der unter 30-Jährigen häufiger als (sehr) wichtig für ihre Wahlentscheidung genannt. Gleichzeitig geben selbst in dieser Alterskohorte fast 70 Prozent an, dass soziale Medien für ihre Wahlentscheidung relativ oder völlig unwichtig gewesen seien. Nach diesen Zahlen zu urteilen sollte die Relevanz von Social Media für Wahlkämpfe also auch nicht überschätzt werden.

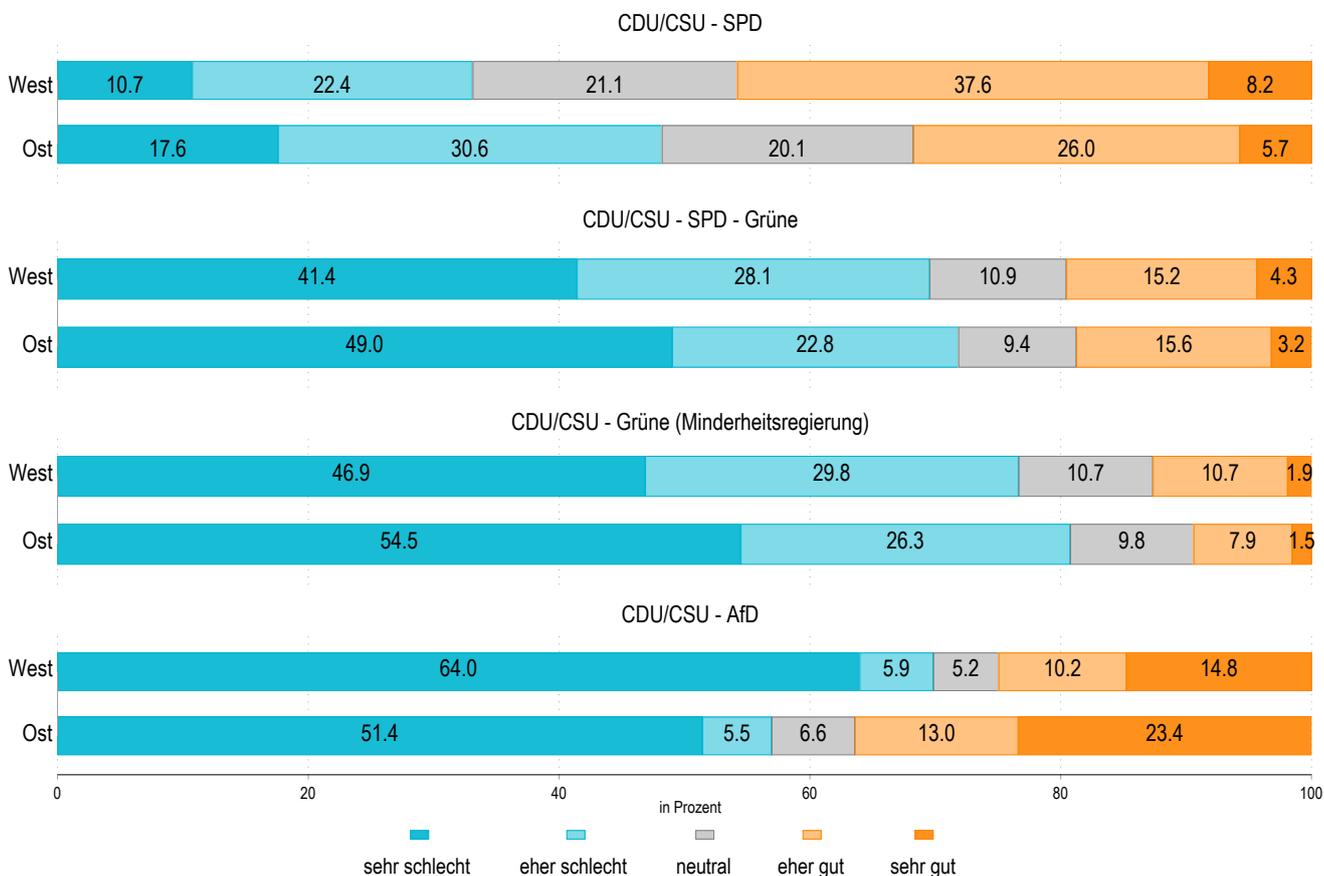
Wie zu erwarten war, ist der Anteil der Wählerinnen und Wähler mit einer starken Parteibindung – also Personen, die zumeist oder immer dieselbe Partei wählen – in der ältesten Alterskohorte (über 60 Jahre) am höchsten.

2. Koalitionspräferenzen

Obwohl das Wahlergebnis theoretisch mehrere Koalitionsoptionen ermöglicht, werden viele dieser Varianten von den Wählerinnen und Wählern deutlich abgelehnt. Bundesweit werden Koalitionen unter Beteiligung der Grünen (entweder Kenia oder eine schwarz-grüne Minderheitenregierung) von 70 bis 78 Prozent als sehr schlecht oder schlecht eingestuft. Nur etwas besser schneidet eine Koalition aus AfD und CDU/CSU ab, wobei hier auffällt, dass die Polarisierung zwischen denjenigen, die diese Variante sehr gut fänden und denen die sie sehr schlecht fänden am größten von allen abgefragten Koalitionsoptionen ist. Am besten schneidet bundesweit die faktisch nicht mehr ganz korrekt als „Große Koalition“ bezeichnete Koalition aus CDU/CSU und SPD ab. Wirkliche Begeisterung löst aber auch diese nicht aus: 36,2 Prozent bewerten sie als „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“, 20,9 Prozent bleiben ihr gegenüber neutral, und 42,9 Prozent sehen sie „eher positiv“ oder „sehr positiv“. Man kann damit festhalten, dass die Große Koalition relativ betrachtet in der Sichtweise der Befragten als die am wenigsten schlechte unter mehreren unpopulären Alternativen wahrgenommen wird.

Interessant ist auch der Blick auf die Koalitionspräferenzen, wenn nach bestimmten Subgruppen unterschieden wird. So zeigt sich, dass eine Große Koalition in Ostdeutschland deutlich weniger positiv gesehen wird, als im Westen. 48,2 Prozent der Befragten bewerten sie dort als „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“, während nur 31,7 Prozent sie als „eher positiv“ oder „sehr positiv“ einstufen. Umgekehrt schneidet eine CDU/CSU-AfD-Koalition im Osten sehr viel besser ab, als in Westdeutschland. Insbesondere der Anteil derjenigen, die eine solche Koalition als sehr gut bezeichnen übersteigt in Ostdeutschland mit 23,4 Prozent bei weitem die Zustimmungswerte der anderen abgefragten Koalitionsoptionen (in West wie Ost). Gleichzeitig gilt aber auch für den Osten, dass die weitaus meisten Befragten eine Koalition aus Union und AfD sehr stark ablehnen.

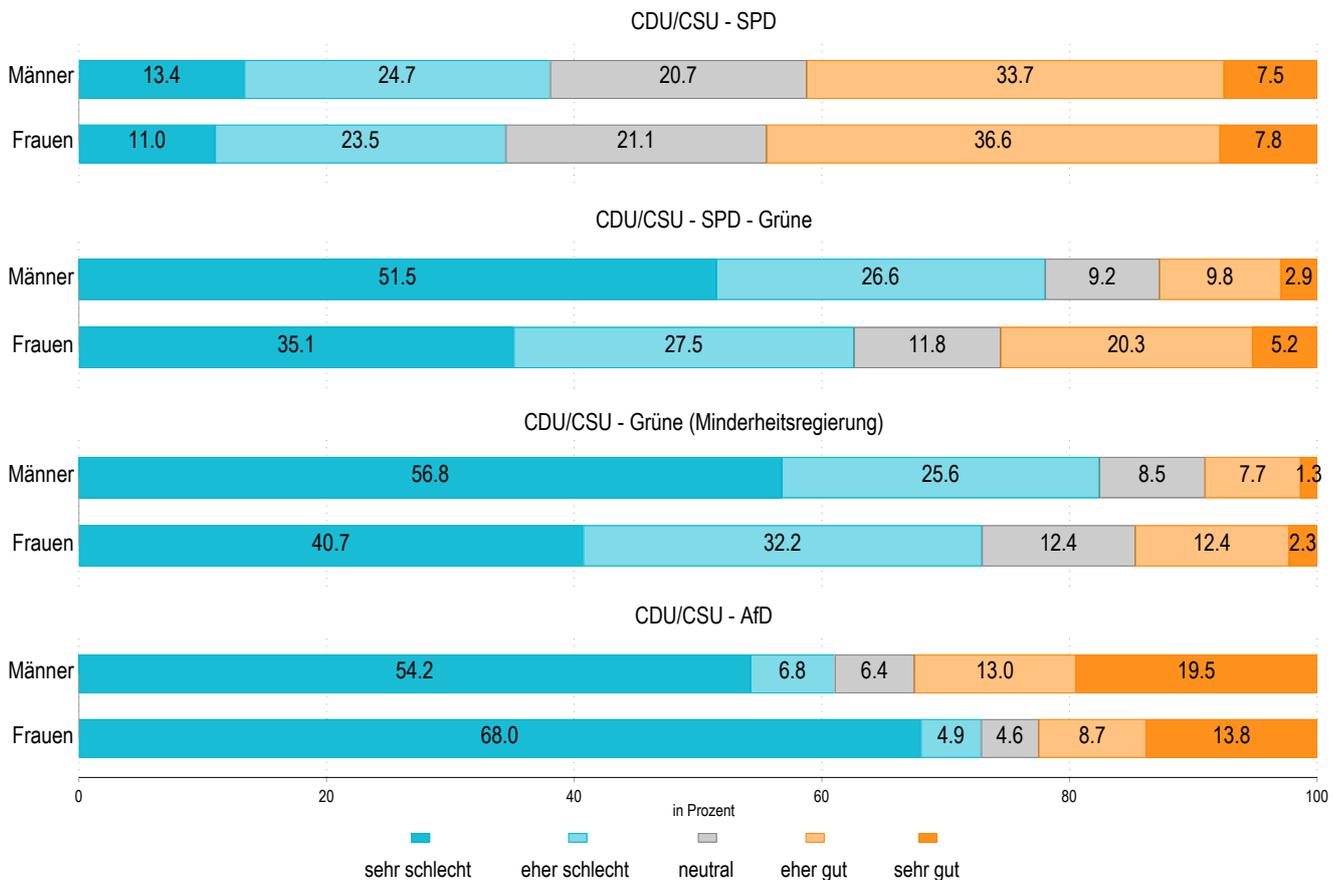
Abbildung 2.1: Koalitionspräferenzen nach Wohnort (Ost inkl. Berlin / West)



Zwischen Männern und Frauen³ zeigen sich in Bezug auf die Zustimmung zu einer Großen Koalition nur vergleichsweise geringe Unterschiede. Anders sieht es bei den drei weiteren Koalitionsoptionen aus. Während 25,2 Prozent der Frauen eine Kenia-Koalition als „eher gut“ oder „sehr gut“ bewerten – fast doppelt so viele wie bei den Männern (12,7 Prozent) – wird auch eine schwarz-grüne Minderheitsregierung von Frauen weniger stark abgelehnt. Im Gegensatz dazu sprechen sich Frauen deutlich seltener als Männer für eine CDU/CSU-AfD-Koalition aus.

Werden die Merkmale Geschlecht und Alter kombiniert, verstärken sich die Befunde. Besonders auffällig ist die Haltung ostdeutscher Männer: 42 Prozent von ihnen bewerten eine Koalition aus CDU/CSU und AfD als „eher gut“ oder „sehr gut“, während dies bei einer Kenia-Koalition nur 11,8 Prozent sind. Bei westdeutschen Frauen zeigt sich ein gegensätzliches Muster: Von diesen wird eine Kenia-Koalition mit 25,4 Prozent (eher) positiven Bewertungen sogar besser eingeschätzt als eine schwarz-blaue Koalition (20,6 Prozent eher oder sehr positive Bewertungen).

Abbildung 2.2: Koalitionspräferenzen nach Geschlecht (Frauen inkl. nicht binär)



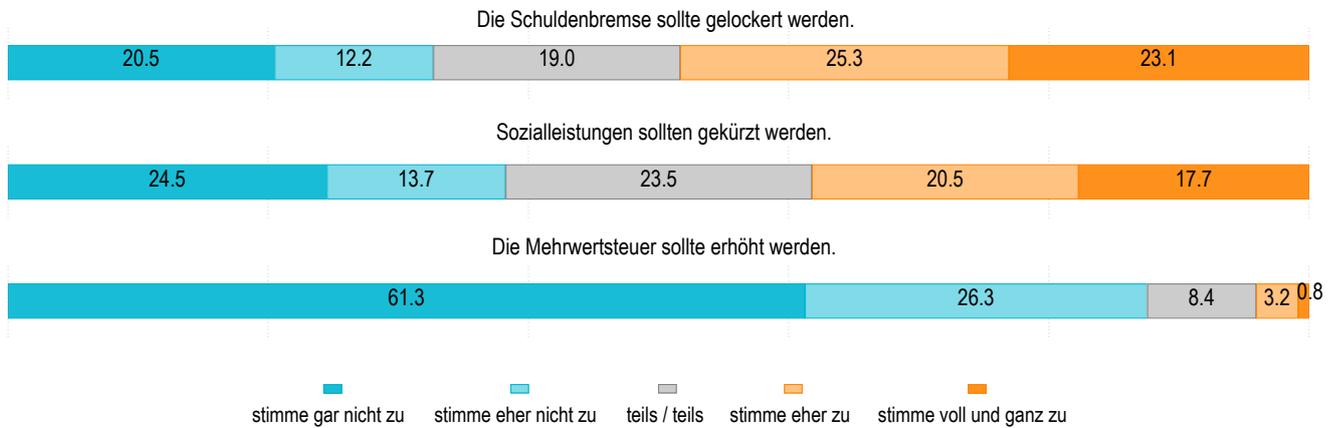
3. Positionen zu aktuellen politischen Themen

Angesichts der aktuellen Haushaltssituation sowie des diskutierten finanziellen Mehrbedarfs – etwa für Klimawandelanpassung, Verteidigung und Infrastruktur – ist besonders relevant, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation bei den Befragten auf die größte Zustimmung stoßen. Über alle Befragten hinweg wird eine Lockerung der Schuldenbremse von den drei abgefragten Optionen am ehesten präferiert. 48,4 Prozent fänden es in Ordnung, wenn die Schuldenbremse gelockert würde, demgegenüber lehnen dies nur 32,7 Prozent ab. Bei der Kürzung von Sozialleistungen zeigen sich die Befragten gespalten: 38,2 Prozent lehnen diese Sparmöglichkeit ab. Genauso viele befürworten aber auch, dass Sozialleistungen gekürzt werden. Für eine Erhöhung

³ Die 65 Personen, die ihr Geschlecht als nicht binär angegeben haben werden nicht getrennt ausgewiesen, da eine statistische Betrachtung nach Subgruppen bei so geringen Fallzahlen wenig valide wäre. Nicht binäre Personen werden hier und in der weiteren Analyse zur Gruppe der Frauen gerechnet, was auch angesichts dessen, dass die politischen Positionen dieser Personengruppe näher an denen der Frauen als der Männer liegt, vertretbar erscheint.

der Mehrwertsteuer, wie sie im Wahlkampfendspurt von Friedrich Merz zwar abgelehnt aber auch nicht kategorisch ausgeschlossen wurde⁴, findet sich in der deutschen Bevölkerung keinerlei Mehrheit.

Abbildung 3.1: Schuldenbremse, Sozialleistungen und Mehrwertsteuererhöhung



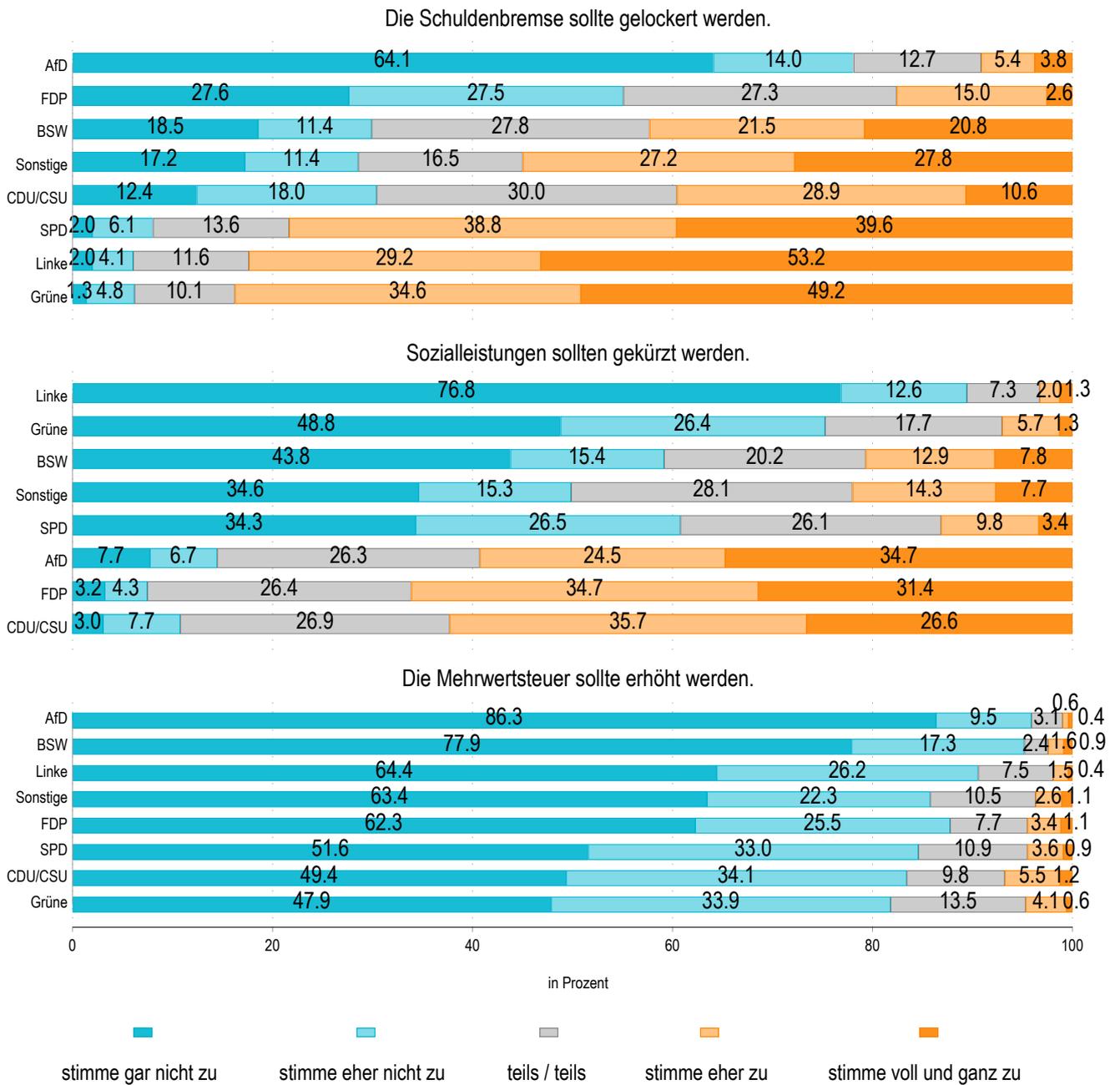
Unterschiede zeigen sich jedoch, wenn man die Haushaltsfragen nach Parteianhängern aufgliedert. Eine Lockerung der Schuldenbremse wird insbesondere von den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen, Linken und SPD befürwortet, wobei die Zustimmung in diesen Gruppen bei rund 80 Prozent liegt. Im Gegensatz dazu sprechen sich vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der FDP und AfD für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus. Die Anhänger/innen der Union sind bei dieser Frage am stärksten gespalten.

Eine Kürzung von Sozialleistungen wird von den Anhängerinnen und Anhängern der Linken, Grünen, des BSW, der SPD sowie der sonstigen Parteien mehrheitlich abgelehnt. Im Gegensatz dazu findet diese Maßnahme insbesondere unter den Wählerinnen und Wählern der FDP, AfD und der Unionsparteien größere Zustimmung, wobei sich diese Gruppen in ihrer Haltung nur geringfügig unterscheiden.

Die dritte untersuchte Option – eine Verbesserung der Haushaltssituation durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – wird übergreifend von den Anhängerinnen und Anhängern aller Parteien mehrheitlich abgelehnt. Am vergleichsweise geringsten fällt die Ablehnung in den Wählerschaften von CDU/CSU und Grünen aus.

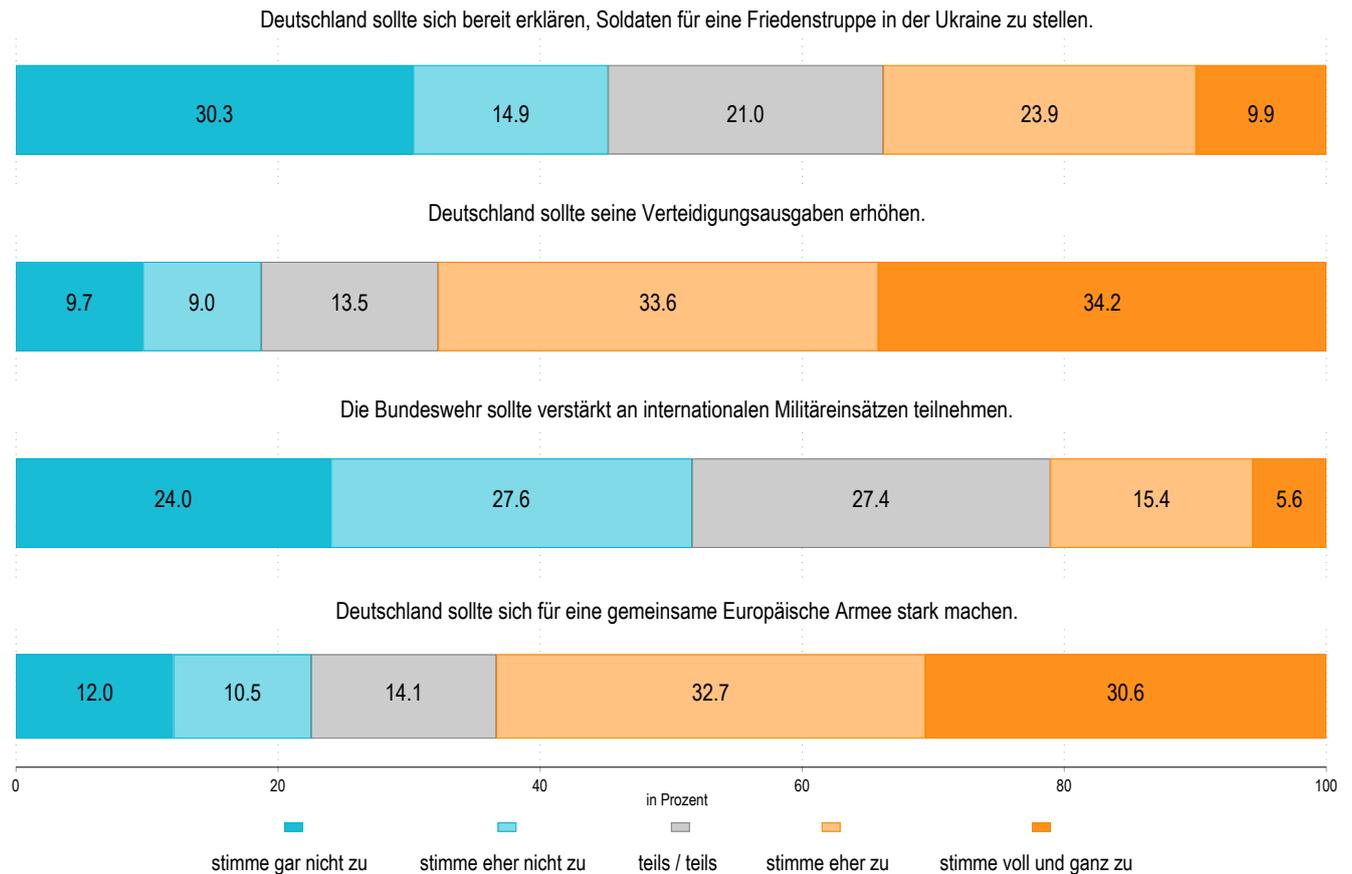
⁴ <https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/merz-keine-erhoehung-der-mehrwertsteuer-110310317.html>

Abbildung 3.2: Schuldenbremse, Sozialleistungen und Mehrwertsteuererhöhung (nach Zweitstimme)



Ein weiteres aktuell intensiv diskutiertes Thema ist die Frage, wie Deutschland seine Verteidigung in Zukunft organisieren soll. Während gut 60 bis knapp 70 Prozent der Befragten erhöhte Verteidigungsausgaben Deutschlands sowie eine gemeinsame Europäische Armee befürworten, sind die Befragten zurückhaltender, wenn es um die Teilnahme der Bundeswehr an internationalen Militäreinsätzen (über 50 Prozent lehnen dies eher oder stark ab) oder eine potenzielle Friedentruppe in der Ukraine geht. Knapp 25 Prozent der Befragten würde eine deutsche Beteiligung an einer solchen Truppe befürworten, 45 Prozent wäre dagegen.

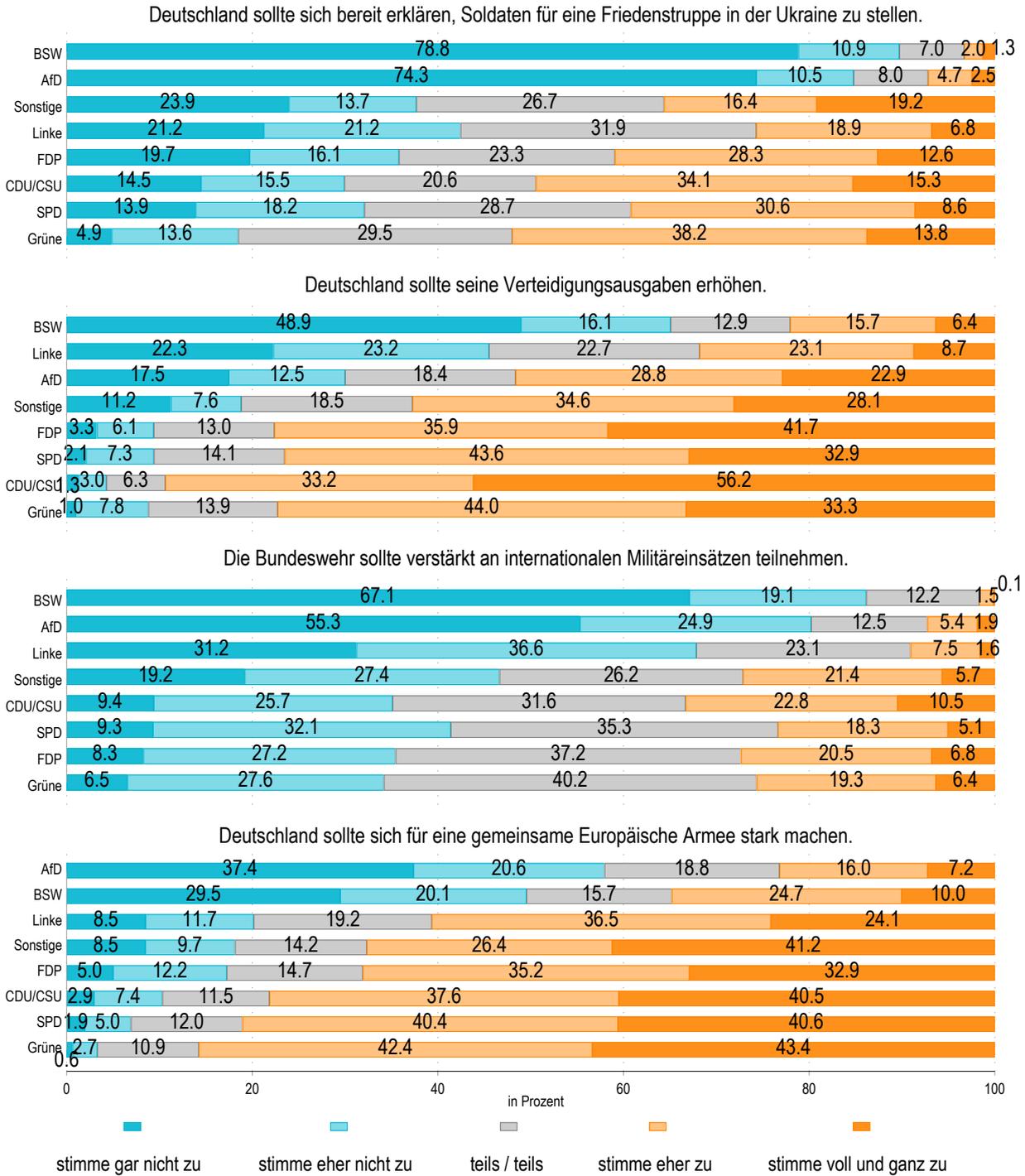
Abbildung 3.3: Fragen zur Verteidigungspolitik



Auch bei Fragen der Verteidigung sind die Gräben, zwischen den Anhänger/innen der Parteien groß. So lehnen Anhänger/innen von BSW und AfD mit großer Mehrheit eine Beteiligung der Bundeswehr an einer potenziellen Friedenstruppe in der Ukraine ab. Eine mehrheitliche Zustimmung zu dieser Idee findet sich bei der CDU/CSU und den Grünen.

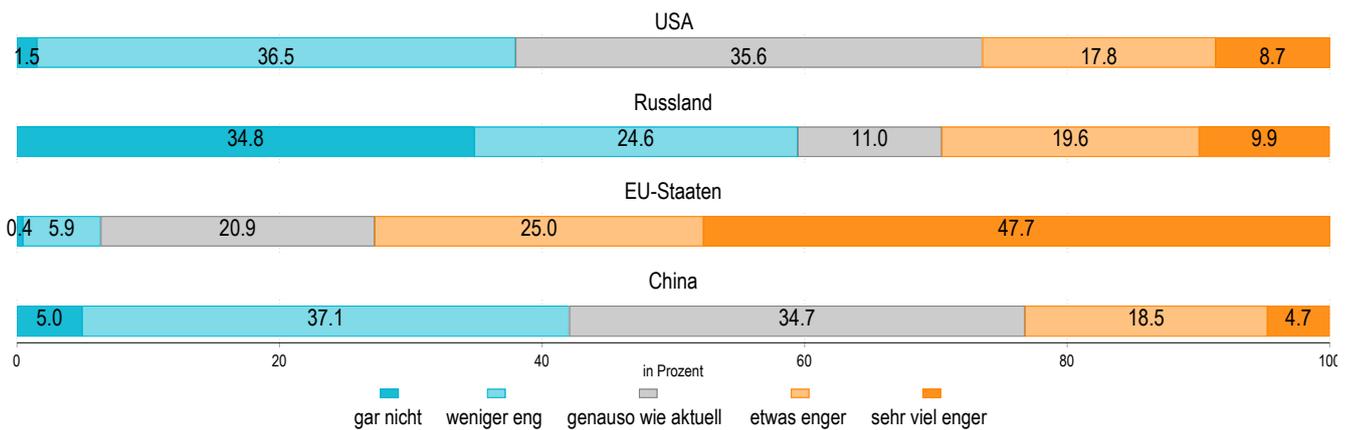
Hinsichtlich einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben besteht über weite Teile des politischen Spektrums hinweg Einigkeit. Lediglich die Anhänger/innen des BSW und der Linken lehnen eine Erhöhung mehrheitlich ab. In den Wählergruppen von FDP, SPD, Grünen und Union sind es jeweils weniger als 10 Prozent, die keinen Bedarf für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben sehen. Ähnlich einheitlich sind sich die die Anhänger dieser vier Parteien auch bei der Frage, ob die Bundeswehr verstärkt an internationalen Einsätzen teilnehmen sollte. In den Wählerschaften von FDP, SPD, Grünen und Union bewerten zwischen 35 und 40 Prozent eine solche Ausweitung negativ, während 25 bis 30 Prozent sie befürworten. Besonders ablehnend stehen AfD, BSW und Linke solchen internationalen Militäreinsätzen der Bundeswehr gegenüber. Die Idee einer gemeinsamen Europäischen Armee wird von den Anhängern aller Parteien mit Ausnahme von AfD und BSW mehrheitlich befürwortet.

Abbildung 3.4: Fragen zur Verteidigungspolitik (nach Zweitstimme)



Bei der Frage mit welchen Ländern Deutschland in Zukunft enger oder weniger eng zusammenarbeiten sollte haben die Befragten insgesamt betrachtet sehr klare Meinungen: Mit weitem Abstand vor allen anderen Optionen rangiert bei den Deutschen die Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten. 72,7 Prozent wünschen sich hier eine etwas oder sehr viel engere Zusammenarbeit. Deutlich weniger Zustimmung erfährt die Zusammenarbeit mit den USA und China. Bei der Frage nach einer Zusammenarbeit mit Russland fällt die sehr große Polarisierung auf. Während knapp 35 Prozent der Befragten sich gar keine Zusammenarbeit mit Russland wünschen, sind es immerhin knapp 10 Prozent (und damit mehr als im Vergleich bei den USA oder China), die eine sehr viel engere Zusammenarbeit gutheißen würden.

Abbildung 3.5: Wie sollte Deutschland mit den folgenden Ländern bzw. Ländergruppen zusammenarbeiten?



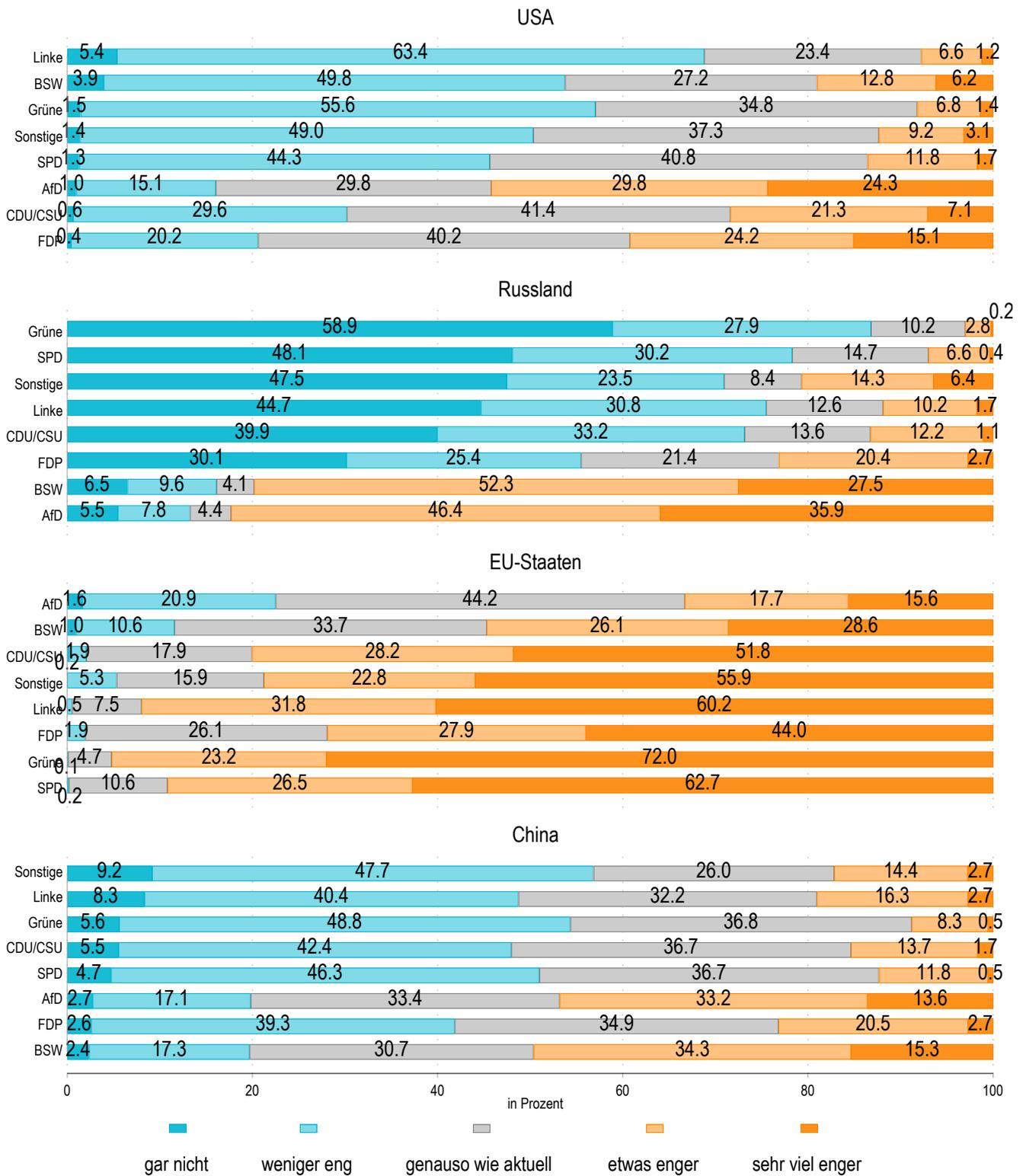
Auch bei der Frage Zusammenarbeit mit anderen Ländern lassen sich erneut sehr große Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien ausmachen. Eine engere Partnerschaft mit den USA wird nur von AfD-Anhängerinnen und -Anhängern mehrheitlich befürwortet, während bei Linken, BSW und Grünen große Skepsis herrscht. Die SPD-, CDU/CSU- und FDP-Wählerschaft ist in dieser Frage stark gespalten.

In Bezug auf die Beziehungen zu Russland gibt es zwei große Blöcke: Anhänger/innen von Grünen, SPD, Linken, Union und FDP sind mehrheitlich für gar keine oder eine weniger enge Zusammenarbeit mit Russland. Die Anhänger/innen von BSW und AfD hingegen sind zu über 80 Prozent der Meinung, dass Deutschland mit Russland etwas oder sehr viel enger zusammenarbeiten sollte.

Das exakt umgekehrte Bild liefert die Frage zur Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten. Während hier bei den Anhängerinnen und Anhängern fast aller Parteien so gut wie niemand die Antwortoption „gar keine Zusammenarbeit“ angekreuzt hat und die sehr deutliche Mehrheit eine etwas oder sehr viel engere Kooperation wünscht, sieht dies bei den Anhängerinnen und Anhängern des BSW und v.a. der AfD anders aus. So wünschen nur etwa 35 Prozent der AfD-Anhänger/innen eine engere Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten.

Auch bei China stechen AfD und BSW hervor: Etwa die Hälfte ihrer Anhängerinnen und Anhänger befürwortet eine engere Kooperation, während dieser Anteil bei den anderen Parteien zwischen 9 und 23 Prozent liegt.

Abbildung 3.6: Wie sollte Deutschland mit den folgenden Ländern bzw. Ländergruppen zusammenarbeiten? (nach Zweitstimme)



4. Verhältnis zu den USA

Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hat zu deutlichen Verwerfungen zwischen Deutschland und seinem transatlantischen Verbündeten geführt. Aus diesem Grund ist es besonders spannend zu sehen, wie die deutsche Bevölkerung die USA mittlerweile wahrnimmt. Ein Vergleich mit einer Politikpanel Umfrage aus dem September 2023, bei der dieselben Fragen schon einmal gestellt worden waren, zeigt, wie sich die Wahrnehmung der USA in der deutschen Bevölkerung seitdem verändert hat.

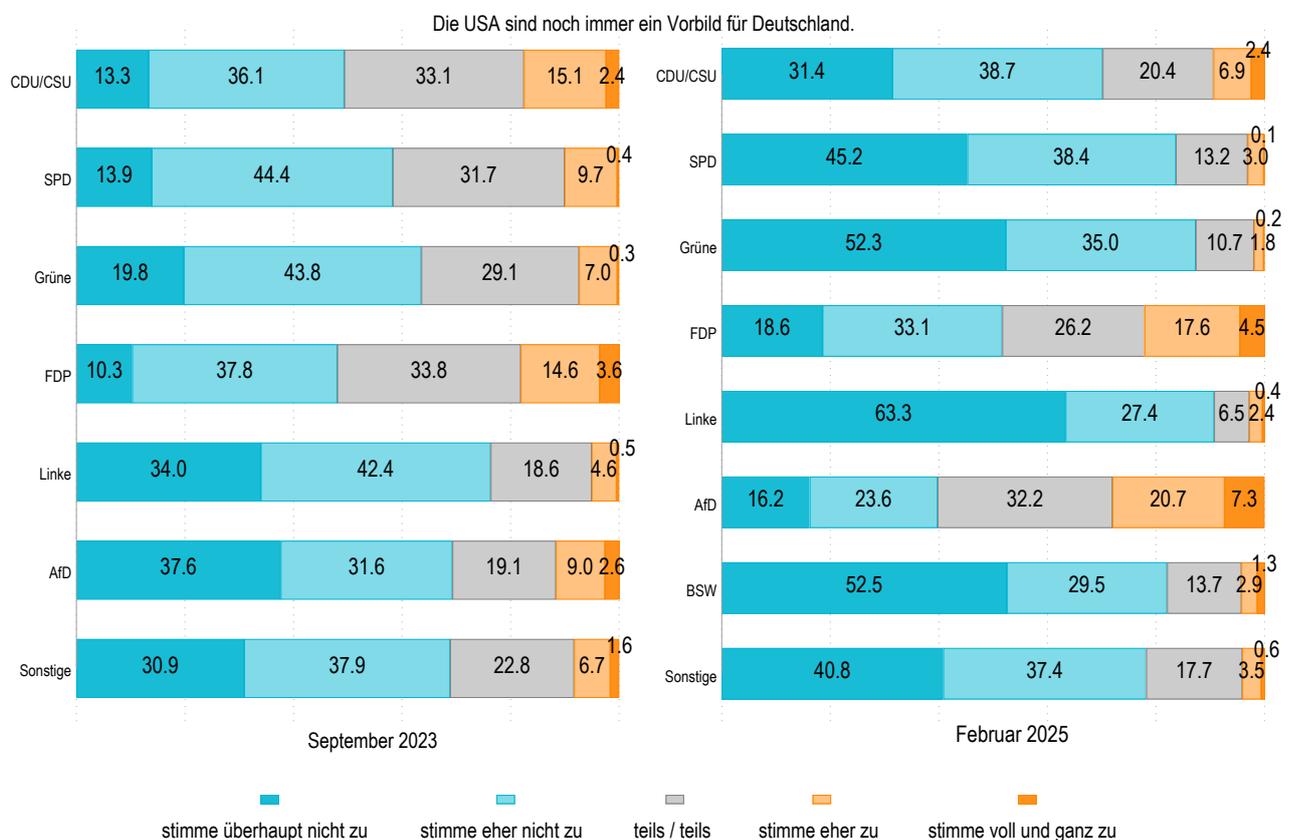
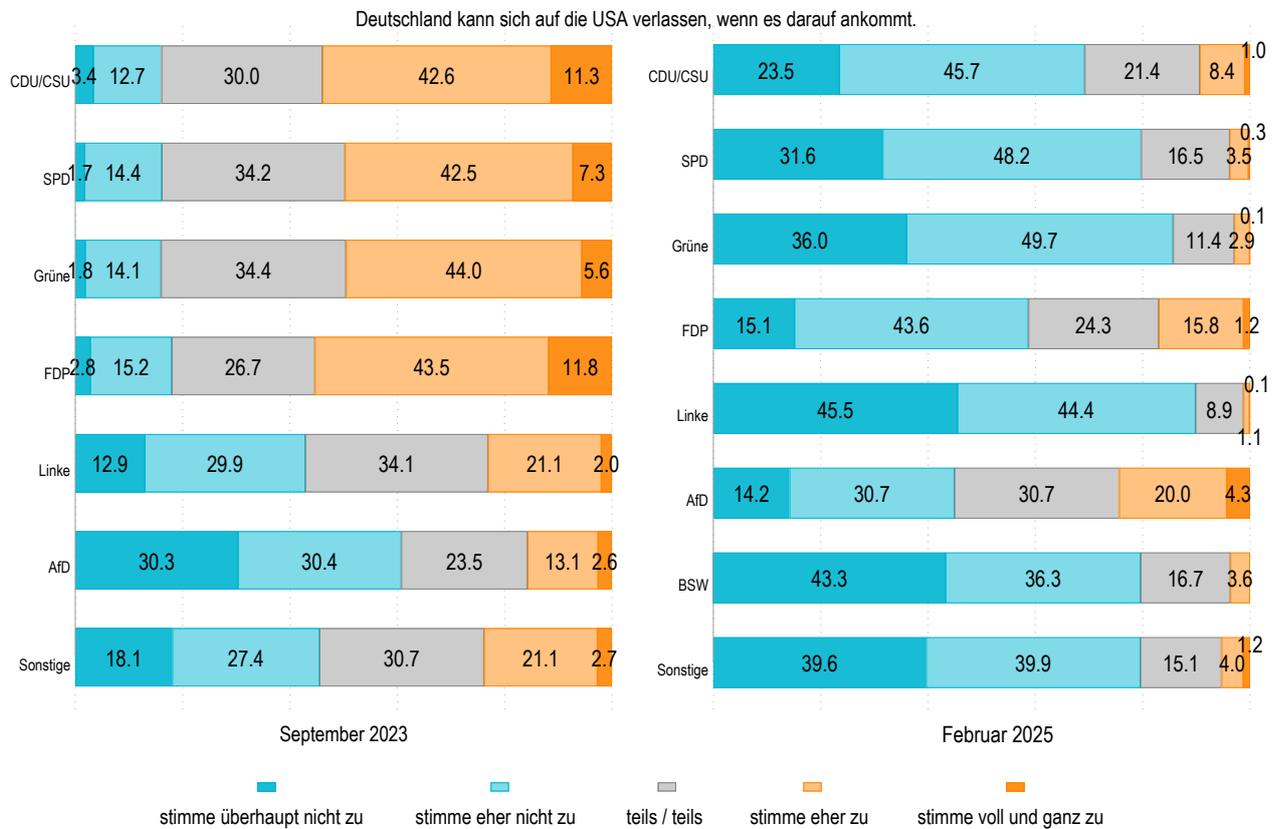
Insbesondere bei der Frage, ob sich Deutschland wenn es darauf ankommt auf die USA verlassen kann, sind deutliche Veränderungen zu beobachten. 2023 stimmten die Anhänger der Union, SPD, Grünen und FDP noch mehrheitlich zu, während heute nur noch 3-4 Prozent der SPD- und Grünen-Anhänger sowie etwa 10 Prozent der CDU/CSU-Wähler und 17 Prozent der FDP-Anhänger diese Aussage unterstützen. Die Große Mehrheit der Anhänger/innen dieser Parteien sehen die USA mittlerweile hingegen als unzuverlässig. Besonders stark ausgeprägt ist diese Sichtweise bei den Anhänger/innen der Linken, die auch schon 2023 mit am skeptischsten gegenüber den USA waren. Ein auffälliger Wandel zeigt sich jedoch bei den AfD-Anhängern: Während 2023 noch 60 Prozent die USA als unzuverlässigen Partner ansahen, sind es heute nur noch 45 Prozent, und gleichzeitig sind die Anhänger/innen der AfD diejenigen, die die USA heute, mit etwa 25 Prozent, als am verlässlichsten einstufen.

Ähnlich verhält es sich bei der Frage, ob die USA noch als Vorbild für Deutschland taugen. Auch hier hat sich die Haltung der AfD-Anhänger im Vergleich zum September 2023 positiv verändert. Im Gegensatz dazu sind alle anderen Wählerschaften, abgesehen von den Anhängern der FDP (die sich hier, von der Tendenz her, ähnlich den AfD-Anhänger/innen positionieren), mittlerweile äußerst skeptisch gegenüber der Vorbildfunktion der USA.

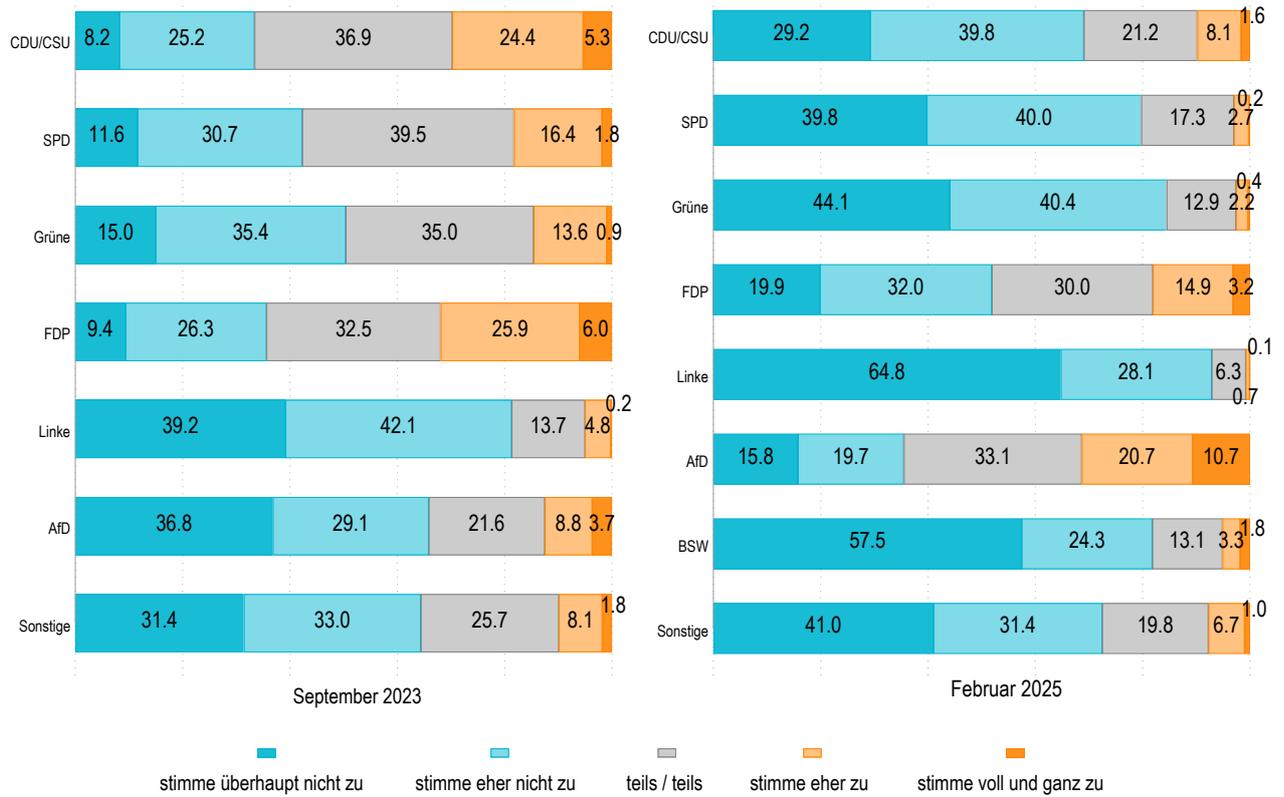
Besonders stark fällt die Veränderung auch bei der Aussage aus, dass kein anderes Land ein so starker Verfechter von Menschenrechten und Demokratie seien wie die USA. 2023 stimmten dieser Aussage gerade einmal 10 Prozent der AfD-Anhänger zu, heute sind es 30 Prozent. Bei den meisten anderen Parteien ist es mittlerweile nur noch eine verschwindend kleine Minderheit, die die USA entsprechend positiv sieht.

Am wenigsten Unterschiede gab es bei der Frage, ob die USA für die vielen Weltkonflikte verantwortlich sind. Diese Frage hat eine starke historische Dimension, weshalb sich die aktuellen Entwicklungen in den USA hier noch nicht stark ausgewirkt haben. Dennoch fällt die AfD auf: 2023 stimmten noch knapp 40 Prozent dieser Aussage vollumfänglich zu, 2025 sind es nur noch 16 Prozent. Die stark US-kritische Position der AfD zu dieser Frage im Jahr 2023 findet sich hingegen fast identisch so heute bei den Anhängern des BSW.

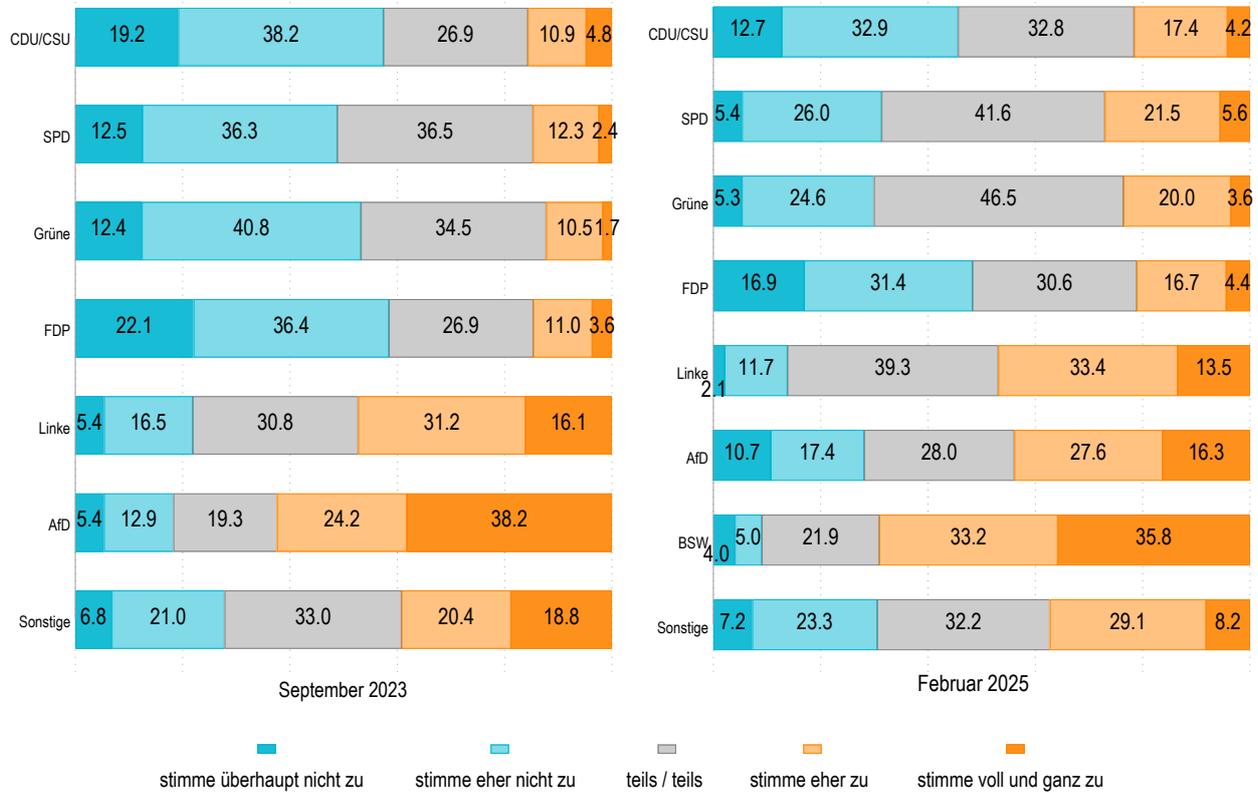
Abbildung 4.1: Positionen zu den USA nach Sonntagsfrage (09.2023) bzw. Zweitstimme (02.2025)



Kein Land tritt immer wieder so für die Demokratie ein und ist so ein starker Verfechter von Freiheit und Menschenrechten wie die USA.



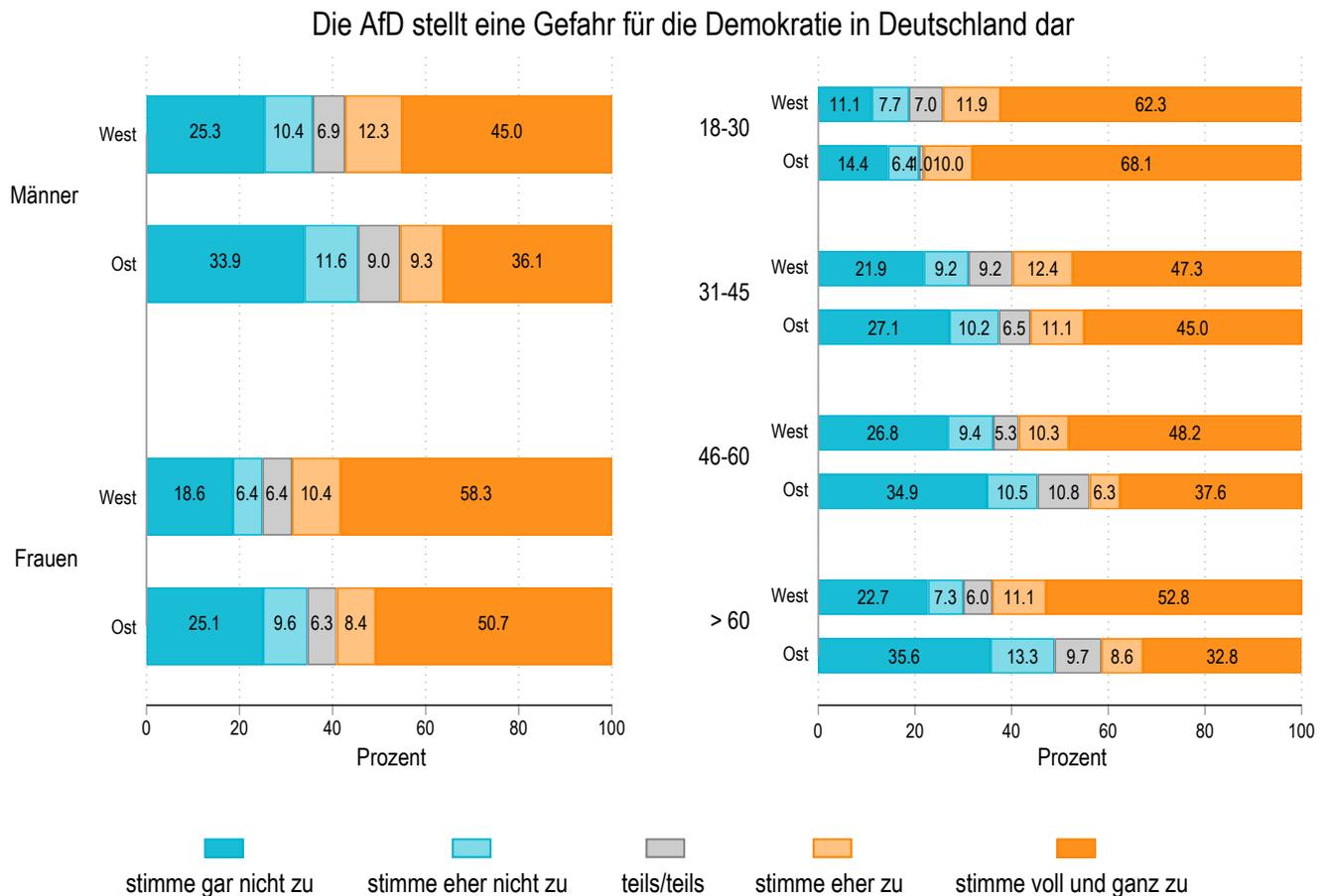
Die USA sind daran schuld, dass wir so viele Weltkonflikte haben.



5. Einstellung zur AfD

Die Positionen zur AfD variieren nach Geschlecht, Alter und Wohnort (West- oder Ostdeutschland). Während westdeutsche Frauen zu etwa 70 Prozent die AfD als Gefahr für die Demokratie sehen, sind es unter den ostdeutschen Männern nur etwa 45 Prozent. Besonders in der jüngsten Altersgruppe (18-30 Jahre) wird die AfD als Gefahr wahrgenommen. Interessanterweise zeigt sich in dieser Altersgruppe in Ostdeutschland eine noch stärkere Polarisierung, wobei fast niemand die mittlere Option „teils/teils“ wählt.

Abbildung 5.1: Ansichten zu AfD nach Alter, Geschlecht und Wohnort (West/Ost)



Auch bei der Einstellung zur AfD kann ein Vergleich zum September 2023 gezogen werden, als im PPD bereits dieselben Fragen gestellt worden sind. Die Unterschiede sind bei den meisten Fragen jedoch nicht groß. Anhängerinnen und Anhänger der anderen Parteien sehen die AfD weiterhin eher negativ. Einzig bei der Frage, ob es in Ordnung wäre, mit der AfD zu stimmen, wenn ein sinnvolles Gesetz ansonsten nicht verabschiedet werden könnte, zeigen sich Unterschiede zu 2023. Die Anhänger der CDU/CSU und FDP stimmen dieser Aussage inzwischen zu 40 bis 50 Prozent zu (ähnlich wie die Anhänger des BSW), während die Anhänger von Grünen, SPD und Linken nun seltener als noch 2023 zustimmen. Dies entspricht den Partei-Positionen, wie sie sich nach der von Friedrich Merz angestoßenen Migrationsabstimmung am 30.01., bei der ein CDU/CSU-Antrag mit Stimmen von AfD und Teilen der FDP die Mehrheit erreicht hat, gezeigt haben.

Abbildung 5.2: Ansichten zu AfD nach Sonntagsfrage (09.2023) bzw. Zweitstimme (02.2025)

